



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

Punkt 30 der Tagesordnung: Öffentlichen Verkehr beschleunigen **Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.** **Vorlage: 2019/0760**

Beschluss:

Verwiesen in den Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 30 zur Behandlung auf.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir haben in Karlsruhe schon eine gute Bevorrechtigung des öffentlichen Verkehrs und das ist auch sehr wichtig, damit die Bahnen, in denen normalerweise sehr viele Fahrgäste sind, bevorrechtigt über die Kreuzungen geschleust werden, denn das ist das eigentliche Problem für den öffentlichen Verkehr, dass er dadurch in vielen Fällen langsamer ist, als der Privatverkehr. Die AVG hat in einer Sitzung gesagt, es gibt eine ganze Reihe von Punkten, wo sie nicht so bedient werden, wie sie das gerne hätten. Darauf habe ich gesagt, dass ich das schriftlich brauche, damit ich das im Gemeinderat beantragen kann. Auf diese Weise ist der Brief entstanden, der diesem Antrag beiliegt, der an alle Aufsichtsratsmitglieder verschickt wurde. Jetzt haben wir einen interfraktionellen Antrag daraus gemacht, und dieser beschränkt sich auf die allgemeinen Forderungen, dass der Gemeinderat sich hinter seine öffentlichen Verkehrsdienstleister stellt, und eine Beschleunigung haben will. Getrennt davon sind die Einzelheiten, denn das ist im Wesentlichen Sache der Verwaltung, was da möglich ist, kann der Gemeinderat im Einzelfall nicht entscheiden. Wir wollen ein Signal setzen, der Gemeinderat möchte eine bessere Beschleunigung als bisher. Das entspricht vielen Klagen, die wir aus dem Bereich der Fahrgäste immer wieder hören, dass die Bahnen und erst recht die Busse an Ampeln immer wieder stehen, und trotz Bevorrechtigung nicht weiter kommen, an machen Stellen gibt es auch gar keine. Wir haben jetzt zur Kenntnis genommen, es gibt auch inzwischen ein paar Verbesserungen, aber an manchen Stellen wurde bis jetzt keine Lösung gefunden, dort würde

ich appellieren, dass man weiter versucht, daran etwas zu ändern. Ganz unzufrieden bin ich darüber, dass die Busse manchmal nicht durchkommen, weil Autos auf der Fahrbahn parken. An den Stellen, wo es Parktaschen gibt, stehen die Autos dann vor den Bäumen, ein ganz klassisches Beispiel, es ist allen bekannt, die mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind, ist die Südentstraße, bei mir vor der Haustüre. Dort sehe ich immer wieder, wie die Busse sich stapeln oder auch, wenn das Müllfahrzeug durchfährt, dann die Autos nicht vorankommen. Es wäre ganz einfach, wenn das Ordnungsamt sicherstellt, entweder durch Knöllchen verteilen oder Aufstellen von Halteverbotsschildern auf der Fahrbahn, dass es ein Halteverbot gibt, wo es Parktaschen gibt. Dann könnten die Busse ohne Behinderung zügig durchfahren. Irgendwann müsste sonst die Verzögerung in den Fahrplan aufgenommen werden, wenn es mehrere solche Stellen gibt. Ich sehe auf jeden Fall noch Handlungsbedarf.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Die Vorrangschaltung für unsere Straßenbahnen gehört zu unserem vorbildlichen ÖPNV-System in Karlsruhe, es ist weltweit ein Aushängeschild. Insofern war ich, vielleicht ein bisschen naiverweise, der Meinung, dass alles was geht, optimiert ist, aber Sie zeigen uns hier in dem Antrag auf, dass es noch Potenzial gibt. Wir sind sehr dankbar für diese Vorarbeiten, die hier schon gemeinsam mit der AVG stattgefunden haben. Die Verwaltung sagt uns zu, dass dort, wo noch etwas getan werden kann, auch diese großen Kreuzungsbereiche weiter optimiert werden, das finden wir grundsätzlich gut. Ich denke, optimierte Ampelschaltungen kommen allen Verkehrsteilnehmern zugute, weil wir oft Situationen haben, da stehen die Bahnen und Autos und die Fußgänger wissen nicht, ob sie noch schnell rüber kommen. Ich sehe es wirklich als Pluspunkt für alle Verkehrsteilnehmer, deswegen unterstützen wir auch gerne die Vorgehensweise der Verwaltung. Ich möchte einen Punkt noch explizit anbringen, den wir auch schon in der Vergangenheit mehrfach angesprochen haben, der hier auch im Antrag vorkommt. Die Busspur auf der Südtangente ist auch schon lange ein Anliegen von uns, weil wir eben auch merken, dass gerade die Busse, die von den Bergdörfern, zum Beispiel vom Zündhütte, runterkommen oft mitten im Stau stehen und dann Ankunftszeiten am Hauptbahnhof, gerade für Pendler die zum Bahnhof müssen, nicht gehalten werden können. Das ist ein explizites Anliegen, das wir ausdrücklich unterstützen. Ich lese wie gesagt die Antwort der Verwaltung so, dass sie tut, was sie kann, und es wäre sicherlich auch gut, wenn wir hier im Planungsausschuss, wenn es um das Thema Verkehrsplanung geht, auch demnächst noch mal einen Bericht bekommen.

Stadträtin Uysal (SPD): Die Beschleunigung des ÖPNV ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll, sondern ist eine wichtige Möglichkeit, den ÖPNV zu stärken und durch den verstärkten Umstieg durch die öffentlichen Verkehrsmittel negative Umweltauswirkungen des Stadtverkehrs zu reduzieren. Das ist, glaube ich, für uns alle in diesem Raum klar. Es ist auch im Sinne der Stadt und der VBK, dass Störungen im Linienverlauf vermindert werden, denn dadurch können die Zuverlässigkeit des Fahrplans und die Reisegeschwindigkeit erhöht werden. Wir wissen aber auch, dass die Beschleunigung des ÖPNV Konflikte mit den übrigen Verkehrsteilnehmern mit sich bringt. Ich denke hier an die Fußgänger und die Radfahrer, die eventuell längere Wartezeiten an Lichtsignalanlagen in Kauf nehmen müssen, deshalb ist eine Abwägung aller Belange unverzichtbar. Zusammenfassend ist festzustellen, dass durch eine ÖPNV-Beschleunigung sowohl gesamtgesellschaftliche als auch wirtschaftliche Vorteile erzielt werden können. Allerdings sind keine allgemeingültigen Regeln ableitbar. Vielmehr müssen die Lösungsansätze immer auf die spezifischen Randbedingungen des vorhandenen Netzes abgestimmt werden, das heißt, wir müssen

maßgeschneidert schauen, ob es geht oder nicht. Deshalb begrüßen wir weiterhin, dass die VBK und die Stadt Karlsruhe im engen Kontakt bleiben und sich wie bisher austauschen, dass sie gemeinsam die Behinderungen identifizieren und deren Potenzial zum Verkürzen der Beförderungszeit abschätzen und gegebenenfalls nachjustieren und optimieren, wie bisher. Wir sind mit der Antwort der Verwaltung zufrieden und wünschen uns in Zukunft, weiterhin in den zuständigen Gremien über neue mögliche Beschleunigungsmaßnahmen informiert zu werden. Der Antrag der GRÜNEN ist hier ein klares Signal, welches wir auch setzen möchten, dass wir hier auf jeden Fall am Ball bleiben müssen, und diese Aufgabe als dauerhafte Aufgabe verstehen müssen, und vor allem die Möglichkeiten ausschöpfen müssen.

Stadtrat Schnell (AfD): Als Wirtschaftsingenieur mit Fokus auf Straßenverkehrswesen und Straßenbahn-/Eisenbahnwesen halte ich die Vorrangschaltung im Grundsatz und in Maßen angewandt durchaus für sinnvoll. Allerdings in der gegenwärtigen Situation in Karlsruhe, wo der Autofahrer durch zahlreiche Baustellen und Umleitungen bereits über die Maßen belastet ist, halte ich deren Ausweitung derzeit für nicht angezeigt.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Herr Honné hat schon viel Richtiges angesprochen, mir wäre es wichtig, dass wir speziell die Bussituation noch mal unter die Lupe nehmen, sprich nicht nur die Ampelschaltung begutachten, sondern auch die Verkehrsführung. Ich glaube, da entstehen viele Probleme, auch durch falsch parkende Autos, aber auch generell im normalen Verkehr. Wenn wir einen Bericht über die Situation vor Ort, an den einzelnen Haltestellen bekommen, wird das schon enorm weiterhelfen.

Stadtrat Wenzel (FW/FÜR): Der interfraktionelle Antrag erkennt schon, dass der ÖPNV eine besondere Stellung hat und auch in Karlsruhe besonders bevorzugt wird. Ich bin immer der Meinung gewesen, dass wir eigentlich hier in Karlsruhe sehr optimal eingestellt sind, und habe auch in der Antwort der Verwaltung gelesen, dass es noch einige Stellschrauben gibt. Ich vertraue der Verwaltung, dass die das Richtige machen, möchte aber auch appellieren, im Gesamtkontext der Stadt, der Baustellensituation und der damit verdichteten Verkehre, das behutsam anzugehen. Ich glaube, dass die Verwaltung mit der Antwort auch zeigt, dass wir den richtigen Weg gehen. Es ist richtig, der ÖPNV soll bevorzugt werden, aber wir dürfen nicht die Bevorzugung zum Nachteil aller anderen Verkehrsteilnehmer machen, vor allem nicht in dieser Situation. Wir gehen mit der Antwort der Verwaltung mit.

Der Vorsitzende: Es gab die Anfrage, wie wir das mit den Haltegeschichten an den Parkbuchten machen, beziehungsweise den Bäumen, wo immer noch auf der Fahrbahn geparkt wird. Dieses Thema würde ich gerne im Planungsausschuss besprechen. Die Frage ist, ob wir das ganze Thema Bevorrechtigung in der AVG oder der VBK diskutieren oder ob wir das vorher in den Fachausschuss nehmen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Im AVG-Aufsichtsrat macht es keinen Sinn, weil die das Gleiche wie wir wollen. Die „Stadtverwaltung“ ist das Problem, insofern macht es im Aufsichtsrat keinen Sinn, und wir haben es ganz bewusst hier in den Gemeinderat geholt. Es darf auch gerne im Planungsausschuss darüber gesprochen werden. Ich würde nur trotzdem gerne hier abstimmen lassen, um ein Signal des Gemeinderats zu setzen, was die Mehrheit in dieser Sache möchte.

Der Vorsitzende: Ich sage es Ihnen ganz offen, dann würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir es in den Auswirkungen lieber im Detail vorher klären. Ich will Ihnen das an einem Beispiel kurz begründen. Wenn Sie in die Ettlinger Straße vorne reinfahren, dann haben Sie die querenden Stadtbahnen, die in die Rüppurrer Straße fahren, und wir haben im Moment keine einzige Bahn, die in die Ettlinger Straße abbiegen kann, wenn wir da noch mehr bevorzugen. Ich glaube, dass es dort schon maximal bevorzugt ist.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Scharf zu trennen ist die Anlage, in der die konkreten Einzelfälle sind, darüber muss jetzt nicht abgestimmt werden, sondern über den Antrag. Der Antrag ist bewusst allgemein gehalten, wo wir nicht sagen können, dass an einer bestimmten Stelle was gemacht werden muss, sondern wo es nur darum geht, prinzipiell den öffentlichen Verkehr noch stärker zu bevorzugen als es im Moment der Fall ist, mehr nicht.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Kollege Honné, ich kann Ihnen in Bezug auf die Formulierung des Antrags so nicht folgen. Der Antrag besteht aus drei Teilen. Der erste Teil betrifft das Tiefbauamt mit der Ampelschaltung. Im zweiten Teil geht es um ein Element, über das wir gar nicht diskutiert haben, Sie haben es mir zwar erklärt, weil ich es nicht verstanden habe, es geht um ein drittes Gleis zwischen Hauptbahnhof und Albtalbahnhof und im dritten Teil geht es dann um die Polizeibehörde oder Ähnliches. Diese Grundsatzentscheidung, bei der wir sicherlich mitgehen können, wäre möglich, aber der Antrag ist ganz anders formuliert. Es sind drei verschiedene Elemente, und es geht nicht um diese Grundsatzentscheidung. Ich würde deshalb eine Abstimmung über diese Formulierung des Antrags nicht begrüßen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, Sie haben eben gesagt, es wäre sinnvoll den Antrag im Planungsausschuss zu diskutieren, das sehen wir genauso, vor allem vor dem Hintergrund unserer Argumente, dass wir viele Baustellen in der Stadt haben. An anderer Stelle diskutieren wir was wir tun können, um die Leute auf den verschiedenen Verkehrswegen in die Stadt zu holen, auch mit dem Auto. Jetzt wollen wir hier eine totale Bevorzugung der Straßenbahn und andere Maßnahmen, die wir gar nicht diskutiert haben, die sollen jetzt hier abgestimmt werden, das macht doch keinen Sinn. Wenn der Antrag in den Ausschuss verwiesen wird, dann sollten wir hinterher abstimmen, der kommt doch dann wieder, und dann wissen alle Bescheid, worum es geht, und dann kann man vernünftig darüber abstimmen. Ich möchte noch keinen Antrag auf Verweisung stellen, weil ich denke, dass wir das auch gemeinsam in die Richtung hinbekommen.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Ich würde jetzt schon für meine Fraktion die Verweisung in den Planungsausschuss beantragen wollen, weil wir jetzt die Situation haben, als Anlage zum Antrag haben wir die Auflistung mit den einzelnen Kreuzungspunkten von der AVG, jeweils Stellungnahmen von der AVG, aber keine konkreten Stellungnahmen zu den konkreten Kreuzungsbereichen von unserer Stadtverwaltung. Teilweise wurde hier schon an der Optimierung gearbeitet, aber eben noch nicht überall. Ich denke, um das einfach noch mal detaillierter beleuchten zu können, wollen wir es in den Planungsausschuss überweisen.

Der Vorsitzende: Vielleicht kann ich eine Brücke bauen. Wir nehmen uns vor, dass wir im Planungsausschuss zu allen von der AVG aufgeworfenen Fragen Ihnen die Auswirkungen erklären, und dann können Sie dort noch mal quasi entscheiden, welche trotzdem beschleunigt werden sollen und welche nicht. Vielleicht fallen uns noch ein paar andere ein.

Ich glaube, es gibt hier eine Grundsatzbereitschaft, die Beschleunigung überall wo möglich umzusetzen. Aber wir müssen uns über die Auswirkungen an den einzelnen Stellen klar werden, und die sind zum Teil auch durch die Baustellen bedingt, gravierender als sie später im Endausbau der Fall sein werden. Das wird dann sogar noch konkreter, Herr Stadtrat Honné. Sonst machen wir einen allgemeinen Beschluss und jeder hat etwas anderes darunter verstanden, das finde ich an der Stelle schwierig. Wenn wir uns also doch so darauf einigen könnten, wir gehen alle diese Punkte durch, und das mit den ordnungsrechtlichen Fragen ist etwas, was mich auch massiv ärgert. Vor allem, wenn es um solche Baumbuchten geht und sich dann noch jemand daneben stellt, und das dann auch noch auf beiden Seiten, dann kommt überhaupt niemand mehr durch. Das ist nicht nur eine Frage der Busse, da müssen wir auch klären, was man durch Markierungen vielleicht von vorne herein verhindern kann. Ich weiß aber nicht, ob die Straßenverkehrsordnung das zulässt, das müssen wir uns noch mal genau anschauen. Vielen Dank, dass Sie diese Brücke mitgehen. Damit ist der Antrag mit entsprechenden Ankündigungen verwiesen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
4. November 2019